



Peter Meiwald
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Große Koalition treibt Strompreis in die Höhe – auch das Oldenburger Land ist betroffen

Berlin, 13.03.2014

Peter Meiwald, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: +49 30 227-78040
Fax: +49 30 227-780
Email : peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro
Postanschrift:
Alter Postweg 25
26215 Wiefelstede
Telefon: +49 170 1824871
peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Oldenburg. Zu den zahlreichen Industrierabatten im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) auf Kosten der nicht-privilegierten Industrie und den Haushaltsstromkunden erklärt der Westersteder Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die GRÜNEN, Peter Meiwald:

Die abgewählte schwarz-gelbe Bundesregierung hatte durch ihre Lobbypolitik zahlreiche Ausnahmen für Unternehmen bei der EEG-Umlage auch im Oldenburger Land durchgesetzt.

Unternehmen wie z.B. der Schlachthof Oldenburg oder das Kraftfutterwerk in der Stadt [s. *mitgeschickte BAFA-Liste*] erfüllen die ursprünglich dafür festgelegten Kriterien keinesfalls: Sie stehen weder im internationalen Wettbewerb noch sind sie wirklich energieintensiv. Auch die neue Bundesregierung aus Union und SPD hat dieser Praxis bisher keinen Riegel vorgeschoben. Stattdessen lässt sie alles so weiterlaufen. Das ist nicht nur gegenüber den nicht-befreiten Stromkund_innen ungerechtfertigt, sondern hat mittlerweile die EU-Kommission auf den Plan gerufen, die Mitte Dezember 2013 ein Beihilfeprüfverfahren gegen die üppigen Industriausnahmen eröffnet hat.

Die Rechnung für diese aufgeblähten Ausnahmen zahlen die Privatverbraucher_innen und der Mittelstand. Da immer mehr Unternehmen von der EEG-Umlage (teil-) befreit wurden, müssen Unternehmen und Privathaushalte im Oldenburger Land mittlerweile eine EEG-Umlage von 6,24 ct/kWh zahlen, da immer weniger Stromkund_innen auf das EEG-Konto einzahlen.



Es ist schlichtweg niemandem zu erklären, weshalb Unternehmen der Agroindustrie oder auch der besonders umweltschädliche Braunkohletagebau von der EEG-Umlage (teil-)befreit werden. Die Leidtragenden sind die tatsächlich energie- und außenhandelsintensiven Unternehmen. Einige von ihnen stehen mit dem Rücken zur Wand. Ihnen droht durch die Eröffnung des Beihilfeprüfverfahrens aus Brüssel nicht nur ein Wettbewerbsnachteil gegenüber Unternehmen in anderen Teilen der Welt, sondern auch Millionenrückzahlungen aus den vergangenen Jahren.

Wir fordern Oldenburgs Oberbürgermeister Gerd Schwandner auf, bei der Bundesregierung zu intervenieren und sich dafür stark zu machen, dass nur noch tatsächlich energie- und außenhandelsintensive Unternehmen von der besonderen Ausgleichsregelung im EEG profitieren. Dabei könnte man sich beispielsweise an der EU-Strompreiskompensationsliste orientieren. Hierzu muss Minister Gabriel in diesen Tagen endlich einen Lösungsvorschlag zur Verhandlung mit der EU-Kommission vorlegen.